

## Schwerpunkt Das Jahr 1878 im Spiegel des «Volksblatts»

# «Unser «Volksblatt» befasst sich grundsätzlich nicht mit Landespolitik»

**Hintergrund** Die Einstellung einer traditionsreichen Zeitung wie des Liechtensteiner «Volksblatts» wirft neben der Frage nach den Umständen des Endes auch jene nach den Anfängen auf. Was war das für eine Zeit damals, im Gründungsjahr 1878, und was für eine Zeitung? Was bewegte das Land vor 145 Jahren und was erfuhren die Leserinnen und Leser bei der Lektüre der ersten Nummern des «Volksblatts»? Ein Gastbeitrag von *Fabian Frommelt*.

Der Initiant und Herausgeber des «Volksblatts», der Vaduzer Hofkaplan Johann Franz Fetz (1809-1884), hielt in seinem am 16. August 1878 publizierten Programm fest, das «Volksblatt» befasse sich «grundsätzlich nicht mit Landespolitik». Diese sei Sache von Regierung und Landtag und der «berechtigten Bürger». Unpolitisch war das «Volksblatt» unter Fetz jedoch nicht, wie seine sogleich festgehaltenen Grundauffassungen zeigen: «Unser Ländchen [ist] kein politisches, sondern vielmehr ein administratives Stättchen» - das Land werde nicht politisch gestaltet, sondern nur verwaltet. Denn trotz der Wahl eines «gesetzgebenden Landtags» sei die seit 1862 bestehende konstitutionelle Verfassung «nicht republikanisch» und «eben so wenig [sei] sie sozialdemokratisch», sondern «freisinnig». Darunter verstand der Schweizer Fetz aber keinen politischen Liberalismus: Nicht das «Volk» sei hier der Souverän, sondern der «konstitutionell-souveräne Landesfürst», der «allgemeine Landesvater», mit dem das Land eine «politisch-administrative Familie» bilde. «Ächte Bürgertugend» bestehe darin, zur «Förderung der Eintracht, des Gedeihens und des Wohlstandes» auf alle «einseitigen, eigennützigen Sonderideen und Ansichten» zu verzichten. Als gute Landeskinder sollten die Bürger eigene, abweichende Meinungen zurückstellen, und in diesem Sinne werde auch das «Volksblatt» wirken. Unerwähnt liess Fetz in seinem Programm den Katholizismus, der neben dem politischen Status quo als zweiter Grundpfeiler das junge «Volksblatt» prägte.

Der Inhalt des «Volksblatts» sollte vier Rubriken umfassen: 1. Amtliche und nichtamtliche Publikationen, 2. «Vaterländisches», insbesondere Auszüge der Landtagsverhandlungen und -beschlüsse sowie Ereignisse aus den Gemeinden, 3. Neuigkeiten aus dem Ausland sowie 4. «Allerlei für Scherz und Ernst zur Unterhaltung und Belehrung». Was das «Volksblatt» seinen Leserinnen und Lesern dazu mitteilte, wird im Folgenden anhand von Beispielen aus den 17 «Volksblatt»-Ausgaben des ersten Jahrgangs bis Ende 1878 vorgestellt.

## Das Ende der «Münzwirren»

Das herausragende innenpolitische Ereignis des Jahres 1878 war die Beendigung der sogenannten Münzwirren, die das Land seit 1876 erschütterten. Der Landtag hatte damals mit den Stimmen der elf Oberländer Abgeordneten die Goldwährung und damit faktisch den Schweizer Franken als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, nachdem der Wert des bisher geltenden österreichischen Silberguldens stark gesunken war. Weil das wirtschaftlich nach Österreich ausgerichtete Unterland bei der österreichischen Silberwährung bleiben wollte, legten die nur vier Unterländer Abgeordneten aus Protest ihre Mandate nieder. Im Januar 1877 demonstrierten mehrere Hundert Unterländer in Vaduz und drohten mit dem Anschluss an Österreich. Noch im Januar löste Fürst

Johann II. den Landtag auf und setzte das umstrittene Münzgesetz per Notverordnung ausser Kraft. Nach einer gescheiterten Neuwahl im April 1877 und monatelangen Verhandlungen beschloss der im Oktober neu gewählte Landtag die Schaffung zweier Wahlkreise: Dem Oberland standen fortan sieben und dem kleineren Unterland fünf der 15 Abgeordneten zu - die drei übrigen Abgeordneten wurden nicht gewählt, sondern vom Fürsten ernannt. Da der Fürst (ausser bei der Landtagswahl 1906) jeweils zwei Oberländer und einen Unterländer berücksichtigte, verfügte das Unterland neu über insgesamt sechs Abgeordnete. Diese konnten von den Oberländer Abgeordneten bei Verfassungsänderungen nicht mehr übergangen werden. Im April/Mai 1878 fand erstmals eine in die beiden Wahlkreise getrennte Landtagswahl statt.

Für das «Volksblatt» war die Sache aber noch nicht beendet. Da Österreich ab 1879 die Zölle in Goldwährung erheben und die Finanzbeamten in Gold entlohnen werde, kam am 11. Oktober die Frage auf, ob es aufgrund der zu erwartenden weiteren Abwertung des Silberguldens nicht angezeigt wäre, die «Münzfrage» wieder zu erwägen und «ernstlich zu studieren?». Dazu kam es aber nicht: Liechtenstein blieb beim Silbergulden, bis auch Österreich 1898 den Wechsel zur Goldwährung (Krone) vollzog.

## Wie weiter mit der Landesschule?

Ein zweites Thema, das den Landtag und das «Volksblatt» 1878 beschäftigte, war das Schulwesen, insbesondere die Zukunft der seit 1857 bestehenden «Landesschule», der einzigen «Realschule» des Landes. Hatte diese anfangs 20 bis 30 Schüler gehabt, waren es 1878 nur noch zwölf, weshalb die Fortführung der Schule infrage gestellt wurde. Das «Volksblatt» bemängelte, dass einerseits mit Fächern wie Physik, Geschichte, Geografie oder Fremdsprachen zu hoch gesteckte Ziele verfolgt, andererseits auch «minderfähige» Schüler aufgenommen worden seien: «Was soll ein Lehrer mit Kabisköpfen machen?» Der Landtag genehmigte das Lehrergehalt für ein weiteres Jahr und befürwortete die Fortführung der Schule, der Entschcheid aber liege beim Landesschulrat. Die Landesschule bestand dann weiter, bis sie 1952 in der Realschule Vaduz aufging.

Ebenfalls 1878 beschloss der Landtag, die Lehrerlöhne zu erhöhen, denn um die «Volkswohlfahrt mit dem Volksunterrichte zu heben» seien gute Lehrer und damit auch gute Lehrerlöhne notwendig. Neu wurde die Bezahlung der Lehrerlöhne vollständig vom Land übernommen, um die Haushalte der Gemeinden zu entlasten. Diese hatten nur noch für die Lehrerwohnung und das Brennholz zu sorgen. Begründet wurde dieser Schritt mit den hohen Zolleinkünften, die der seit 1852 bestehende Zollvertrag mit Österreich-Ungarn jährlich in die Landeskasse spülte. Effektiv machten die «Zollgelder» gemäss dem am 4. Oktober im «Volksblatt» publizierten Landesvoranschlag für 1879 mit 22 000

Gulden die Hälfte der budgetierten Staatseinnahmen aus.

Ein vom Landtag einstimmig und diskussionslos beschlossenes Gesetz «betreffend die Beaufsichtigung der Schuljugend ausserhalb der Schule durch die Lehrer» verdeutlicht den im Zeitgeist liegenden Trend zur staatlichen Kontrolle und Disziplinierung: Zur «Erzielung eines anständigen Betragens auf der Gasse, in der Kirche und bei feierlichen Umzügen» hatten die Lehrer die ihnen gesetzlich zustehende Strafgewalt gegenüber den Schülern bei «Unsittlichkeiten und Exzessen» auch ausserhalb der Schule anzuwenden, namentlich bei «Balgereien, Obstdiebstählen, Beschädigung fremden Eigentumes usw. usw.».

## Lebensmittelpreise und Viehschauen

Abgesehen von der Währungsfrage und der grossen Bedeutung des Zollvertrags für den Fiskus und der Bildung für die «Volkswohlfahrt» ging das «Volksblatt» kaum auf wirtschaftliche Fragen ein, und wenn, dann auf Belange der dominierenden Landwirtschaft. So wurden regelmässig Berichte über regionale und internationale (Vieh-)Märkte und die dort erzielten Preise sowie über die Trauben-, Mais- und Kartoffelernte publiziert.

Da die seit den 1830er-Jahren mit grossen Kosten durchgeführte «Entwässerung des Binnenlandes» durch die Nachlässigkeit der Gemeinden bei der Instandhaltung der Kanäle und Gräben gefährdet sei, erliess die Regierung im Oktober 1878 eine «Verordnung betreffend die Beaufsichtigung und Instandhaltung der Entwässerungsgräben». Die Regierung übernahm die Oberaufsicht über die Entwässerungsanlagen, die Kosten der Instandhaltung hatten die betreffenden Grundeigentümer zu tragen.

Ausführlich wurde im «Amtlichen Teil» über die am 5. November 1878 in Vaduz abgehaltene «Vieh-Ausstellung» mit Pferde-, Hornvieh- und Schweine-Prämierung berichtet. Die Ausstellung belege die dank den Bemühungen der Regierung erreichten grossen Fortschritte in der Pferde- und Rindviehzucht. Kurioserweise findet sich in diesem Bericht die (für 1878) einzige Erwähnung der seit den 1860er-Jahren entstandenen liechtensteinischen Industrie: Die «Firma Enderlin und Jenny Fabrikbesitzerin in Triesen» nämlich habe sich mit zwei Kühen, einem Rind und einem Zuchtstier an der Ausstellung beteiligt, welche alle hätten prämiert werden müssen, wenn die Firma nicht ausdrücklich darauf verzichtet hätte.

Zum Fremdenverkehr meldete das «Volksblatt», dieser wachse seit wenigen Jahren an. Ziele der Touristen seien die Gastwirtschaften, Schloss Vaduz und die «schönen Berg- und Alpenpartien». Das grösste Manko sah es in den fehlenden Wegweisern, die dem Fremden die Frage nach dem Weg aufs Schloss oder ins Alpengebiet ersparen würden.

## Über die Balkan-Krise

Ein wichtiger Teil der Berichterstattung betraf das internationale politische Geschehen, wozu in der Regel

Berichte von ausländischen Zeitungen übernommen wurden. Viel Raum nahm etwa die Balkan-Krise ein: Im Russisch-Türkischen Krieg (1877-1878) unterstützte Russland die nach Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich strebenden Bulgaren, Serben und Rumänen und baute im März 1878 im Frieden von San Stefano seinen Einfluss in der Region massgeblich aus. Die damit unzufriedenen europäischen Mächte, vor allem England und Österreich-Ungarn, setzten im Sommer 1878 auf dem Berliner Kongress eine Korrektur der Friedensbedingungen zugunsten des europäischen Mächtegleichgewichts und zulasten der russischen Stellung durch. Insgesamt, resümierte das «Volksblatt» befriedigt, werde die «Macht der Türken in Europa» durch den Berliner Vertrag «sozusagen vernichtet» und den Christen volle Religionsfreiheit zugesichert.

Besonders interessierte sich das «Volksblatt» für die Entwicklung in Bosnien und in der Herzegowina, welche aufgrund der Beschlüsse des Berliner Kongresses von Österreich-Ungarn besetzt wurden. Allerdings musste zunächst der Widerstand der muslimischen Bevölkerung militärisch niederschlagen werden. Angesichts der Schwierigkeiten der «Occupations-Expedition» wurde im «Volksblatt» geargwöhnt, «Bismarck habe auf dem Berliner-Congress dem ganzen Kaiserreich Österreich-Ungarn in Bosnien und Herzegowina eine [...] Falle gelegt», zumal die Okkupation zu inneren Spannungen zwischen den beiden Reichsteilen Österreich und Ungarn führe. Nachdem die Eroberung Ende Oktober gelungen war, stellte das «Volksblatt» fest, die administrative Erfassung des Gebiets als Provinz mit Kreisen und Bezirken sehe «bereits einer Annexion gleich». Dazu kam es aber erst 1908 - sechs Jahre, bevor das Attentat des bosnischen Serben Gavrilo Princip auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo den Ersten Weltkrieg auslöste.

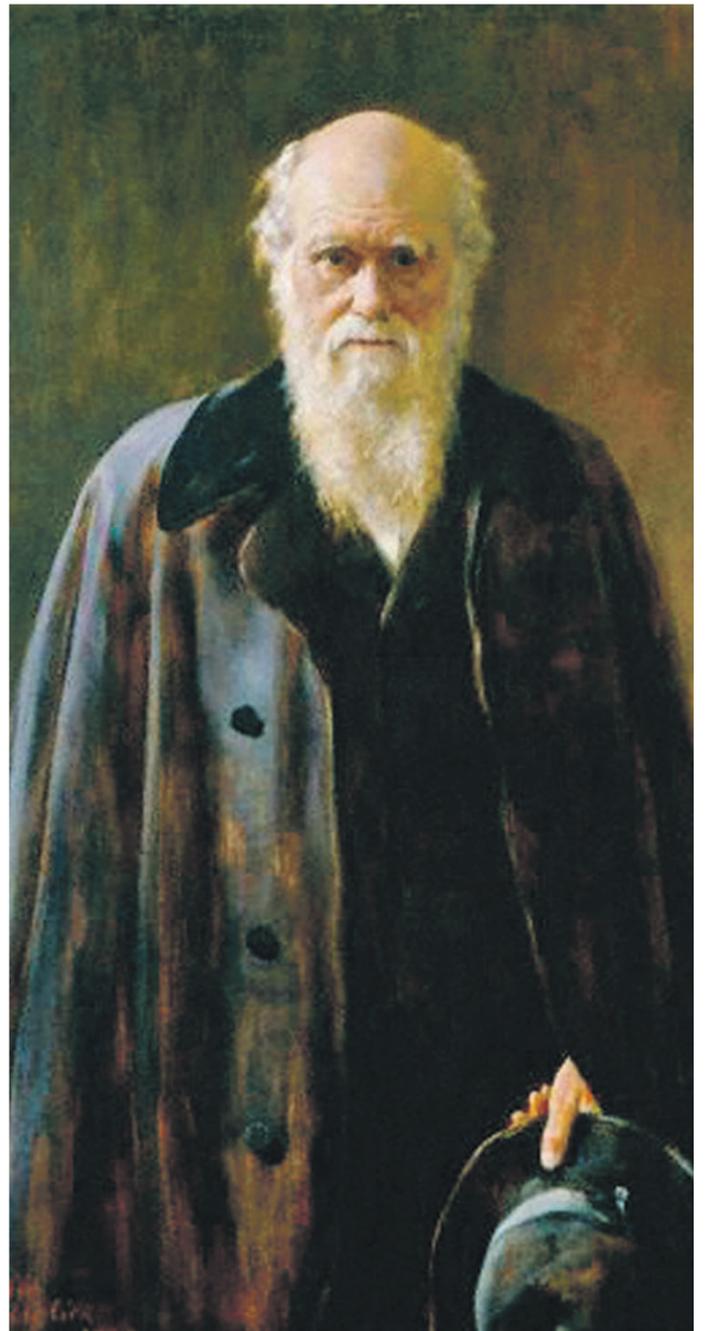
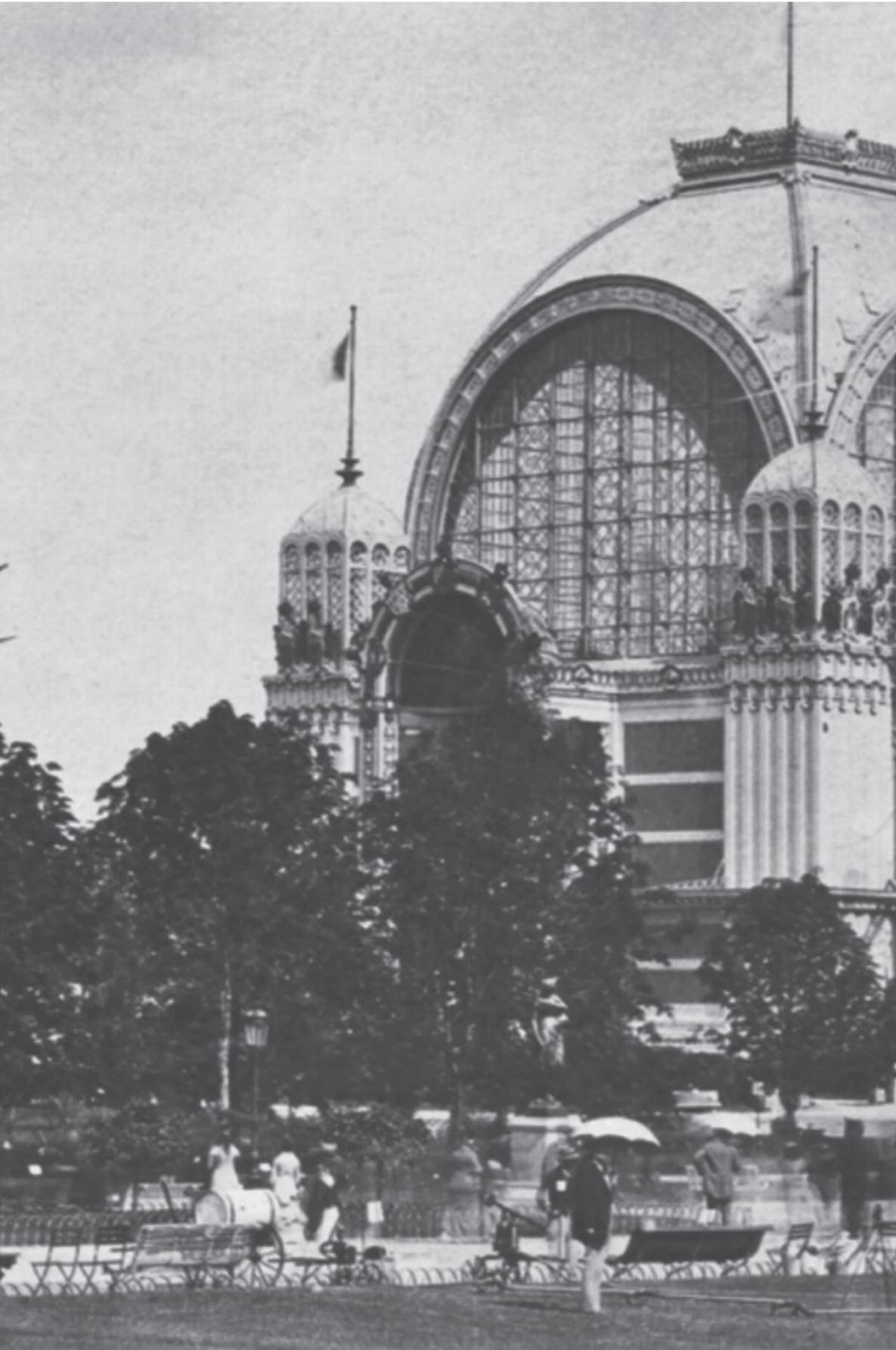
## Sozialistengesetz und Kulturkampf

Mit Herzblut referierte Fetz im «Volksblatt» auch eine Unzahl an Presseberichten über die deutsche Innenpolitik, wobei verschiedene Elemente seiner politischen Haltung deutlich werden: die Verbitterung über die Unterdrückung der Katholiken im «Kulturkampf», die Gegnerschaft zur «Socialdemokratie» und die Sympathie zur katholischen Zentrumsparterie, auch antijüdische Resentiments.

Während die Katholiken im «Kulturkampf» brutal verfolgt worden seien, habe man die Sozialdemokraten durch «religionslose Schulen» und «verderbliche Schriften» wie «Schlangen am Busen» genährt. Die Sozialdemokratie sei eine «Tochter der Freimaurerei» und des Unglaubens. Die sozialdemokratische Gesinnung rühre aber auch aus den «schlechten Lebensverhältnissen» der «Arbeiterklasse» her, welche ihrerseits - und hier wurden bedenkenlos antisemitische Stereotype verbreitet - vom «ruinierenden Schwindel der Grossen, der Geldherren, der Juden, der Wucherer» verursacht sei. Nur die Bekämpfung

dieser Zustände werde auch die Sozialdemokratie schwächen. Das nach den beiden (gescheiterten) Attentaten auf den deutschen Kaiser Wilhelm im Mai und Juni 1878 von Reichskanzler Bismarck auf den Weg gebrachte Sozialistengesetz wurde jedoch vom «Volksblatt» in Übereinstimmung mit der deutschen Zentrumsparterie abgelehnt. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit Ausnahmerecht, Polizei- und Militärgewalt sei wirkungslos und kontraproduktiv - denn sie treffe nur die Symptome statt die Ursachen. Wichtiger seien die «soziale Reform» und die Wiederbelebung «des religiösen Volksbewusstseins». Nach der Annahme des Gesetzes am 21. Oktober mit den Stimmen der Nationalliberalen und der Konservativen berichtete das «Volksblatt» kritisch über die Auflösung und das Verbot sozialistischer Vereine, Druckschriften und Zeitungen, die Ausweisung von Sozialisten und den Polizeistaat. Das Sozialistengesetz blieb bis 1890 in Kraft. So wie nun die Sozialdemokraten, unterdrückte Bismarck im Kulturkampf schon lange auch die Katholi-





Während der Gulden (ganz oben) beinahe die Bevölkerung Liechtensteins spaltete, richteten sich die Augen Europas 1878 auf die Weltausstellung in Paris (links) oder Darwins Lehre (oben). (Fotos: Wikimedia Commons)

ken, schrieb Fetz. Hoffnungsvoll berichtete er aber im «Volksblatt» vom 20. September von Anzeichen einer Beilegung des Konflikts zwischen Staat und Kirche, um nur zwei Monate später festzustellen, Bismarcks Friedensbemühungen gegenüber Papst Leo XIII. hätten nur dazu gedient, die Zustimmung der Zentrumspartei zum Sozialistengesetz zu erhalten; nachdem dies vergeblich war, sei auch der Friedenswille erloschen. Aber dies stimmte nicht: Die 1878 begonnene Annäherung setzte sich fort, 1887 wurde der Konflikt beigelegt.

**«Allerlei für Scherz und Ernst»**

Neben den Ausflügen in die hohe Politik bot das «Volksblatt» seiner Leserschaft unter «Vaterländisches», «Ausland» und «Allerlei für Scherz und Ernst» Kurzmeldungen zu verschiedensten Begebenheiten. Dazu gehörten Nachrichten über die Attentate auf den spanischen König Alphonso und den italienischen König Humbert oder über die Niederlage der anti-katholischen Kräfte bei der Nationalratswahl in der Schweiz ebenso wie über einen «grässlichen

Mord» in Grüşch und über Brandfälle in Werdenberg und im Mühleholz. Auch über den Ausbruch des Gelbfiebers in den US-Südstaaten und in Westafrika, über Erdbeben in Deutschland, Überschwemmungen in Ägypten und Hungersnöte in China und Marokko wurde berichtet. Relativ knapp waren die Informationen zur Weltausstellung, die vom 1. Mai bis zum 31. Oktober 1878 in Paris stattfand. Zu deren Attraktionen gehörte unter anderem das elektrische Licht, das eine Neuheit war, aber auch ein grosses Aquarium, ein mächtiger Fesselballon und der Kopf der Freiheitsstatue, die dann 1886 im New Yorker Hafen errichtet wurde. Das «Volksblatt» teilte dazu kaum mehr mit, als dass die Ausstellung über 16 Millionen Besucher hatte - und 189 Taschendiebe und 26 Diebinnen verhaftet wurden.

**Die «Affen-Theorie»**

Eine im «Volksblatt» ausführlich behandelte Episode zeigt, wie sehr die hereinbrechende Moderne und die wissenschaftliche Entwicklung nicht nur das vom christlichen und kirchlichen Denken durchdrungene

Blatt eines Hofkaplans herausforderten, sondern wohl weite Kreise der Gesellschaft: Am 18. Mai 1878 hielt der k.k. Gymnasial-Professor und ehemalige k.k. Bezirksschulinspektor Ludwig Teimer im Vorarlberger Lehrerverein in Dornbirn einen Vortrag «über die Fortschritte in der Naturwissenschaft». Teimer sprach über die «bis zur einfachsten Eizelle zurückgeführte Entwicklungsgeschichte der höchst organisierten Thiere und des Menschen». Nach dieser - so der Feldkircher Bischof Amberg in einer im «Volksblatt» zitierten Klage beim Vorarlberger Landesausschuss - «falschen Lehre» und «Affen-Theorie» des «Affen-Vaters» Darwin hätten «Thier, Aff und Mensch die nämlich Abstammung», womit die «Er-schaffung des Menschen durch Gottes Allmacht geradezu gelehnet werde». Bei den Katholiken hätten diese «ausgesprochenen atheistischen - gottesleugnenden - Grundsätze» die grösste Entrüstung ausgelöst, zumal die Beifall spendenden 130 anwesenden Volksschullehrer zur Erziehung katholischer Kinder berufen seien.

Auch Liechtensteiner Lehrer, kritisierte das «Volksblatt», hätten am Vortrag teilgenommen und applaudiert: Entweder aus Dummheit, weil sie den Inhalt nicht verstanden, oder weil sie der «gottlosen Lehre» zugestimmt hätten. Der Vorfall habe eine ernste Besprechung und Beschlüsse in der Pastorkonferenz der liechtensteinischen Geistlichkeit nach sich gezogen. Denn die Seelsorger hätten dafür zu sorgen, dass in den Schulen «nicht eine Affen-Dressur, sondern eine katholische Bildung und Erziehung der Jugend stattfindet». Überraschen kann diese abwehrende Haltung nicht. Bis Darwins 1878 noch relativ junge Evolutionstheorie Eingang in die liechtensteinischen Lehrpläne fand, dauerte es noch Jahrzehnte.

**Fazit**

Dass das «Volksblatt» Ende 1878 genügend Abonnenten verfügte, zeigt, dass eine eigene Landeszeitung dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprach. Mit der wöchentlichen Herausgabe einer vierseitigen Zeitung erbrachte der nebenberufliche Einmannredaktor Fetz eine anerkennenswerte Leistung. Den Vor-

satz, keine Politik zu machen, erfüllte er nicht - dafür verfügte seine Zeitung aber über ein klares Profil. Deren christlich-klerikale und konservative Ausrichtung mag lange Zeit dem Denken grosser Teile der Bevölkerung entsprochen haben. Um auch anderen Ansichten Raum zu geben, bedurfte es eines zweiten Blattes, das 1914 mit den «Oberrheinischen Nachrichten» entstand. Dass nun mit dem Ende des «Volksblatts» wieder eine Reduktion auf nur mehr eine (Tages-)Zeitung erfolgt, ist zu bedauern. Eine politische und weltanschauliche Einführung wie im ersten Jahrgang des «Volksblatts» ist heute aber kaum noch denkbar.



**Über den Autor**

Fabian Frommelt ist beim Liechtenstein-Institut als Forschungsleiter Geschichte tätig. Er beschäftigt sich unter anderem mit der Geschichte des Bürgertums in Liechtenstein. Zuvor forschte er unter anderem zum Thema Souveränitätsentwicklung im 19. Jahrhundert. Mehr zu ihm unter [www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)